

Samson Madievski

Die „Verschwörung“ der Kreml-Ärzte

Ein Höhepunkt des staatlichen Antisemitismus

Vor einem halben Jahrhundert, am 13. Januar 1953, ging eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS um die Welt. Sie setzte die Sowjetbürger wie auch den restlichen Erdkreis davon in Kenntnis, daß in Moskau eine Gruppe von „Schädlingsärzten“ verhaftet worden sei. Diese Gruppe, die sich aus den hervorragendsten Medizinern zusammensetzte, hatte es sich angeblich zum Ziel gesetzt, durch „Fehlbehandlungen“ das Leben führender sowjetischer Parteifunktionäre und Militärs zu verkürzen.

Dabei hätten sie bereits zwei Sekretäre der KPdSU, Andrej Shdanow und Alexander Schtscherbakow, umgebracht. Die meisten Mitglieder dieser Gruppe (die Professoren Miron Wowsi, Boris Kogan, Alexander Feldman, Alexander Grinschtein, Jakow Etinger u.a.) unterhielten – so die TASS-Meldung – Verbindungen zu der „internationalen jüdischen bürgerlich-nationalistischen Organisation Joint“. Diese Organisation sei von einem amerikanischen Nachrichtendienst unter dem Vorwand aufgebaut worden, Juden in anderen Ländern materiell zu unterstützen. Tatsächlich sei sie für Terrorakte und Spionage verantwortlich und übe eine breit angelegte Untergrundtätigkeit aus, unter anderem auch in der Sowjetunion. Von anderen Mitgliedern der Gruppe (den Professoren Wladimir Winogradow, Piotr Jegorow und Matwej Kogan) hieß es, daß sie sich als langjährige Agenten des englischen Nachrichtendienstes erwiesen hätten. Sechs der neun Personen, die in der Nachricht erwähnt wurden, waren Juden. Die übrigen stellte das Gerücht als „verkappte Juden“ dar.

Der Fall der „Mörderärzte“ wurde zu einem Höhepunkt in der Politik des staatlichen Antisemitismus, die von dem totalitären Regime Stalins betrieben wurde. Ziel dieser Politik war es, den „jüdischen Einfluß“ auf das soziale, politische und kulturelle Leben der Gesellschaft auszumerzen. Umgesetzt wurde sie mit administrativ-repressiven Mitteln und auf dem Weg einer forcierten Assimilation. Diese Politik war in ihrer letzten Periode deutlich grausamer geworden. Dafür verantwortlich war ein ganzer Komplex innen- und außenpolitischer Ursachen: die zunehmend chauvinistische Politik der Sowjetführung, die Verschärfung der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation sowie die Bewertung des Zionismus und des Staates Israel durch Stalin als „Schlagwaffe der imperialistischen USA“ und die der sowjetischen Juden als deren potentielle „fünfte Kolonne“.

Hauptmeilensteine in diesem Prozeß waren die Zerschlagung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in der UdSSR (1948) und die Vernichtung seiner Funktionäre (1952), die Auflösung aller jüdischen Kulturinstitutionen in der UdSSR und die Verhaftung fast aller Kulturschaffenden, die in ihrer Arbeit die jiddische Sprache benutzten (1949), die Kampagne zur Verfolgung der assimilierten Juden, die in den Kulturen anderer sowjetischer Völker tätig waren (der sogenannte „Kampf gegen den Kosmopolitismus“ 1949) sowie die antijüdischen „Säuberungen“ unter den Mitarbeitern in Industrie, Wissenschaft usw. (1949–1952).

Beginn der Ärzteaffäre

Als Nikita Chruschtschow bei der Eröffnung des 20. Parteitags der KPdSU seine Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“ hielt, erwähnte er im Zusammenhang mit der Entstehung des berüchtigten „Ärzteprozesses“ auch den Namen einer Ärztin am Kreml-Krankenhaus, einer „inoffiziellen Mitarbeiterin der Staatssicherheitsorgane“: Lidia Timaschuk. Ein von ihr an Stalin gerichteter Brief über die „falschen Heilverfahren“, die angeblich von führenden Medizinern angewandt worden waren, habe den Kreml-Chef veranlaßt, den Befehl zur Verhaftung der Ärzte zu geben. In Wirklichkeit jedoch war alles anders. Ausgangspunkt war ein Brief vom 2. Juli 1951, den ein Untersuchungsrichter im Ministerium für Staatssicherheit, Oberstleutnant Michail Rjumin, an Stalin geschrieben hatte.

Rjumin behauptete, daß der Minister für Staatssicherheit, Viktor Abakumow, ihm untersagt habe, in Sachen „terroristische Aktivitäten“ des bekannten Kardiologen Professor Etinger zu ermitteln, obwohl dieser schon zugegeben habe, daß er mit verbrecherischen Fehlbehandlungen den Tod Schtscherbakows begünstigt habe. Etinger war von der Staatssicherheit wegen „antisowjetischer Gespräche“ und „verleumderischer Erfindungen über sowjetische Führer“ verhaftet worden. Abakumow hatte befohlen, ihn in eine besonders kalte und feuchte Zelle des Le-fortowogefängnisses zu verlegen und hatte damit Etingers Ableben beschleunigt. Deswegen gab es auch kein Verfahren wegen „Medizinterror“.

Diesen Brief, in dem Abakumow als „ein für den Staat gefährlicher Mensch“ bezeichnet wird, verfaßte Rjumin im Vorzimmer des zweiten Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Georgij Malenkow. Dabei wurde er aktiv unterstützt von Dmitrij Suchanow, dem Referenten Malenkows. Vermutlich war der Brief Teil einer Intrige, durch die Malenkow und das Politbüromitglied Lawrentij Berija den aus ihrer Sicht allzu selbstständig gewordenen Abakumow beseitigen wollten.

Auf Befehl Stalins wurde Abakumow abgesetzt und inhaftiert. Im Gefängnis befanden sich auch etliche seiner Vertrauensleute. Da unter ihnen auch Juden waren – die letzten, die sich im Apparat des Staatssicherheitsministeriums hatten halten können –, lief alles unter der Überschrift „Entdeckung eines zionistischen konspi-

rativen Zentrums im Ministerium für Staatssicherheit“. Angeblich war dieses Zentrum mit dem Ziel eingerichtet worden, Abakumow im Staat an die Macht zu bringen. Zum neuen Minister für Staatssicherheit wurde ein Günstling Malenkows berufen: Semen Ignatjew, der Leiter einer der Abteilungen des Zentralkomitees der Partei. Rjumin wurde Chef der Untersuchungsabteilung für besonders wichtige Angelegenheiten im Staatssicherheitsministerium und stellvertretender Minister.

Methoden der Voruntersuchung

Warum hatte Abakumow Rjumin untersagt, aus Etinger Aussagen über den „Medizinterror“ herauszupressen? Aller Wahrscheinlichkeit nach aus Vorsicht, da er nicht wußte, welche Absichten Stalin verfolgte. Aber Etinger hatte Schtscherbakow lediglich beraten. Medizinisch behandelt worden war er dagegen von Winogradow, dem bedeutendsten Therapeuten des Landes, wissenschaftlicher Leiter des Kreml-Krankenhauses und Leibarzt Stalins, dessen Vertrauen er genoß. Er verlor es erst Anfang 1952, als er Stalin empfahl, sich aus dem aktiven politischen Leben zurückzuziehen, weil er bei seinem Patienten Bluthochdruck festgestellt hatte und einen neuen Gehirnschlag befürchtete.

Rjumin begann mit einer allgemeinen Überprüfung aller, die im Kreml-Krankenhaus und in der Kreml-Poliklinik arbeiteten oder irgendwann einmal gearbeitet hatten. Eine Ermittlungsgruppe untersuchte die Daten, die aus den Beobachtungen von Spitzeln gewonnen worden waren sowie die Tonbandaufzeichnungen aus den abgehörten Wohnungen und Diensträumen der Mediziner. Es wurde auch eine offizielle medizinische Expertise über die Behandlung Schtscherbakows und Schdanows angefertigt. Experten – ebenfalls angesehene Mediziner –, die wußten, was von ihnen erwartet wurde, erstellten die vom Ministerium für Staatssicherheit gewünschten Gutachten. Bittere Ironie der Geschichte: 1937 war Winogradow gezwungen worden den „schädlichen Charakter“ einer Behandlung zu bestätigen, die sein ehemaliger Lehrer, Professor Dmitrij Pletnjew, durchgeführt hatte. Nun taten seine Kollegen und Schüler das Gleiche in bezug auf ihn.

Als Stalin die Ergebnisse der Expertise erhalten hatte, gab er die Genehmigung zur Inhaftierung einer Gruppe von Kreml-Ärzten. Dabei wurden anfangs die weniger bedeutenden Personen verhaftet, da man hoffte, von ihnen Material über die „Hauptverschwörer“ zu erhalten. Als dieses Ziel erreicht war, kamen eben diese letzteren an die Reihe.

Die Verhöre wurde mit den damals in der Lubjanka üblichen Methoden geführt. Man ließ die Häftlinge Tag und Nacht nicht schlafen, und bei den Vernehmungen prasselten Beleidigungen und wilde Drohungen auf sie nieder („Wir werden euch mit glühenden Eisen foltern, euch vierteilen, aufhängen, pfählen.“). Wenn der Verhöhte sich und andere nicht bezichtigen wollte, wurde er in den Karzer gesteckt,

oder man legte ihm enge Handschellen an, die die Handgelenke einschnürten. Und natürlich wurden die Häftlinge grausam geschlagen. Es ist nicht verwunderlich, daß es gelang, die Mehrzahl der Inhaftierten zu „Geständnissen“ zu bewegen. Sie gaben zu, sowohl „Schädlingsarbeit“ verrichtet als auch Verbindungen zu ausländischen Nachrichtendiensten unterhalten zu haben.

Stalin forciert die Ermittlungen

Als er Ignatjew zum Minister für Staatssicherheit ernannte, verlangte Stalin von ihm, „resolute Maßnahmen zur Aufdeckung der Gruppe von Terror-Ärzten“ zu ergreifen, von deren Existenz er seit langem überzeugt war. Ein halbes Jahr später drohte er Ignatjew, dieser werde bald dort sein, wo sich Abakumow befindet, wenn er die Terroristen, die amerikanischen Agenten unter den Ärzten, nicht entlarve. „Ich bin kein Bittsteller beim Staatssicherheitsministerium!“, schnauzte er den vor Angst erstarrten Minister an: „Ich kann fordern und jedem die Fresse polieren, wenn meine Forderungen nicht erfüllt werden.“ Um den Ärzten beizukommen, bewilligte Stalin höchstpersönlich, Gewaltmaßnahmen gegen sie anzuwenden.

Im November 1952 befahl er Ignatjew, verärgert über die Schwerfälligkeit des Ermittlungsverfahrens, „diesen Knirps“ (Rjumin) aus dem Staatssicherheitsministerium fortzuschaffen. Die Leitung der Ermittlungen ging auf einen anderen Stellvertreter des Ministers über: auf Sergei Goglidse, seit langem ein Handlanger Berijas. Die Ermittlungen gingen nun in eine andere Richtung: Die „Schädlings-Behandlung“ wurde als Element einer „Spionage- und Terroristen-Verschwörung“ betrachtet, die angeblich von westlichen Spezialdiensten in der Sowjetunion aufgebaut worden war.

Stalin befahl Goglidse, den Untersuchungsrichtern zu vermitteln, daß „man im Staatssicherheitsministerium nicht mit weißen Handschuhen arbeiten kann, ohne sie schmutzig zu machen.“ Er ordnete an, die Häftlinge mit einer Deklaration zum Untersuchungsverfahren vertraut zu machen, die er offensichtlich selbst aufgesetzt hatte. Darin heißt es: „Falls Sie freimütig alle Ihre Verbrechen gestehen und Ihre Mittäter und Hintermänner rückhaltlos entlarven, wird Ihr Leben erhalten bleiben.“ Den Preis solcher Versprechungen hatten die Angeklagten der „öffentlichen“ politischen Prozesse in der zweiten Hälfte der 30er Jahre am eigenen Leib erfahren.

Glaubte Stalin an eine Ärzteverschwörung?

Die Frage, ob Stalin tatsächlich an eine Ärzteverschwörung glaubte, erhebt sich unweigerlich, besonders im Zusammenhang mit den Protokollen der Verhöre, die Ende 1952 bzw. Anfang 1953 in seine nahe gelegene Datscha geschickt wurden.

Darin wird geschildert, wie die „Verschwörer“ – bejahrte, kranke, ängstliche Menschen – die Hoffnung aufgegeben hatten, den Führer und seine engsten Mitarbeiter mit medizinischen Mitteln auszurotten und wie sie nun geplant hätten, auf dem Arbat einen bewaffneten Überfall auf die Regierungsautos zu verüben.

Vielleicht glaubte Stalin das sogar – konnte er doch geschickt die Tatsache aus seinem Bewußtsein verbannen, daß die Verschwörungsidee in seinem eigenen Hirn geboren worden war. Überdies hatte sich die Persönlichkeit des Führers unter dem Einfluß von Alter, Krankheiten und dauerndem Streß immer mehr verändert. Sein ständiges Mißtrauen artete in echten Verfolgungswahn aus. Nachdem er die professionellen Ärzte ihres Amtes entthoben hatte, weil er sie als Urheber seiner mangelhaften Gesundheit betrachtete und sich in seine Datscha eingeschlossen hatte, quälte er sich selbst mit den Bildern einer globalen Terroraktion, deren Ziel es war, ihn zu vernichten. Die Organisatoren der Aktion – die imperialistischen Nachrichtendienste – hatten die nationalistisch eingestellten Juden angeworben und waren in lebenswichtige Bereiche eingedrungen, darunter auch in medizinische Führungspositionen. Nachdem die westlichen Geheimdienste sich auch einige wissenschaftlich tätige russische Ärzte unterworfen hatten, die aus den bürgerlichen Schichten stammten, hatten sie mit der physischen Vernichtung seiner Mitarbeiter begonnen und schlichen sich jetzt an ihn selbst heran.

Eine Quelle dieses phantastischen Bildes war auch seine Judophobie, die von Jugend an bezeichnend für Stalin war. Sie nahm schließlich pathologischen Charakter an. Das politische Instrument, das er schon früher benutzt hat, hatte sich jetzt in eine fixe Idee verwandelt.

Der Brief der Ärztin Timaschuk

Stalin war überzeugt davon, daß er auch dieses Mal geheime Intrigen seiner Feinde aufdecken würde. Er war fest entschlossen, diesen ein Ende zu setzen. Aber zunächst war es notwendig, die restlichen Mitglieder des Parteipräsidiumsbüros von der tödlichen Gefahr zu überzeugen, die über den Häuptern der sowjetischen Führung schwelte. Und da tauchte der berüchtigte Brief der Ärztin Timaschuk auf.

Die Kardiographin Lidia Timaschuk, Ärztin am Kreml-Krankenhaus, hatte Ende August 1948 bei dem schwerkranken Shdanow Anzeichen eines Infarkts gefunden. Doch die Professoren Jegorow, Winogradow und Wassilenko waren mit ihrer Diagnose nicht einverstanden und veranlaßten Timaschuk, ihren Befund umzuschreiben. Zwei Tage später erlitt Shdanow, dem jetzt weniger strenge Vorschriften gemacht worden waren, erneut einen Herzanfall. Timaschuk fürchtete sich vor der Verantwortung und beschloß, ihre anfängliche Diagnose General Nikolaj Wlassik zu melden. Dieser war Chef der Hauptschutzabteilung im sowjetischen Staatsicherheitsministerium, und als solchem war ihm das Kreml-Krankenhaus admi-

nistrativ unterstellt. An eben jenem Tag fiel ihr Brief mit dem beigelegten Kardiogramm dem Minister für Staatssicherheit, Abakumov, in die Hände. Abakumov übergab ihn Stalin. Am folgenden Tag starb Shdanow. Auf dem Brief aber erschien Stalins Vermerk: „Ins Archiv“.

Warum reagierte der überaus mißtrauische Führer entgegen seiner sonstigen Gewohnheit nicht auf das „Signal“? Glaubte er den Meinungen der Koryphäen? Oder ließ ihn der Tod des Mitstreiters, der zu der Zeit in Ungnade gefallen war, kalt?

Da Timaschuk die Leitung des Krankenhauses weiterhin beschuldigte, eine Fehlbehandlung vorgenommen und den Tod Shdanows verursacht zu haben, wurde sie auf einer Betriebsversammlung „heruntergeputzt“ und in eine Filiale der Kreml-Poliklinik versetzt. Im Juli oder August 1952 wurde sie jedoch in ihrer Eigenschaft als Expertin in die Lubjanka vorgeladen und erzählte dem Untersuchungsrichter diese Geschichte. Ignatjew und Rjumin berichteten Stalin, daß Abakumow und Wlassik die Eingabe Timaschucks für sich behalten und die Ärztin den „ausländischen Spionen und Terroristen“ zur Abrechnung ausgeliefert hätten.

Obwohl Stalin wußte, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhielt (der Chef seiner Kanzlei, Alexander Poskrjebyschew, hatte das unglückselige Papier gefunden und ihm auf den Tisch gelegt), befahl er nichtsdestoweniger, Wlassik zu verhaften. Am 1. Dezember rief er die Mitglieder des Präsidiumsbüros des Zentralkomitees zusammen und erklärte ihnen, daß Wlassik zusammen mit Abakumow ein Dokument vor ihm versteckt hätte, das den Mord an Shdanow belege. Wäre nicht er, Stalin, so wachsam gewesen, dann wären auch noch andere Mitglieder der Führung ermordet worden. Zur Bekräftigung befahl er, die „Geständnisse“ der Inhaftierten an Malenkow, Chruschtschow und weitere potentielle Opfer des „Ärztekomplotts“ zu schicken. Zum Abschluß aber warf er ihnen hinterher: „Ihr blinden Kätzchen, was werdet ihr ohne mich machen – unser Land wird zugrundegehen, weil ihr nicht fähig seid, Feinde zu erkennen“.

Propagandakampagne – Verhaftungswelle

Am 9. Januar 1953 tagte das Präsidiumsbüro des Zentralkomitees und genehmigte den Text der TASS-Meldung über die Inhaftierung einer Gruppe von „Mörderärzten“ sowie einen Leitartikel der Prawda zu diesem Thema. Diesen Artikel hatte allem Anschein nach Stalin geschrieben. Er selbst war jedoch bei dieser Sitzung nicht anwesend. Einige Tage später wurden das Land und die Welt in Kenntnis gesetzt über die „Mörderärzte“, die „Ungeheuer des Menschengeschlechts“ und über die „bescheidene sowjetische Frau, die Patriotin“, die sich ihnen mutig entgegengestellt und der Regierung geholfen hatte, ihnen die Maske abzureißen. Malenkow übermittelte Timaschuk den persönlichen Dank Stalins, und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh ihr den Leninorden. Wie auf ein Signal hin warte-

ten Presse und Rundfunk mit einem ganzen Reigen von Materialien auf, die einen eindeutig antisemitischen Charakter hatten.

Unter solch geräuschvoller Begleitung rollte eine neue Verhaftungswelle an. In die Lubjanka wurden die Professoren Wladimir Selenin, Eliasar Gelschtejn, Jakov Rapoport, Nikolaj Schereschewski, Boris Preobrashenski, Semen Neslin und andere eingeliefert. Mitte Februar war der Prozeß, in den 28 Ärzte involviert waren, rechtskräftig. Sein antijüdischer Charakter verstärkte sich, so daß den Inhaftierten außer Mord auch noch „nationalistische Tätigkeit“ vorgeworfen wurde: die Errichtung eines Netzwerks von Gesinnungsgenossen in den Moskauer medizinischen Einrichtungen. Unter der Flagge „Kampf gegen den jüdischen bürgerlichen Nationalismus“ gab es zahllose Verhaftungen auch in der Provinz.

Reaktionen in der Sowjetunion

Die Anklage wegen Mordes gegen die jüdischen Ärzte stieß auf weite Resonanz, hatten doch viele Menschen in ihrem alltäglichen Leben mit Ärzten zu tun. Durch Pressekampagnen wurde eine Massenhysterie geschürt, die in den kleinbürgerlichen Gemütern eine zweifache Reaktion hervorrief: zum einen panische Angst – sofort nach Verbreitung der TASS-Meldung gingen die Besucherzahlen der Polikliniken zurück und die Apotheken standen leer. „Glaubwürdige“ Gerüchte gingen um über Kranke, deren Zustand sich infolge der ihnen verordneten Behandlung eindeutig verschlechtert hatte.

Die zweite Reaktion bestand in Aggressivität und im Verlangen, mit den „Ungeheuern im weißen Kittel“ abzurechnen. Die meisten Zuschriften auf die TASS-Meldung forderten, „diese menschlichen Bestien“ mit schrecklichen Strafen zu belegen. Viele ihrer Verfasser, darunter auch Mediziner, boten sich als Vollstrecker an. In den Briefen wurde der Gedanke laut, daß man den Juden insgesamt nicht trauen könne. Deshalb sei es angebracht, sie aus Moskau und anderen größeren Städten auszusiedeln. Die gespannte Atmosphäre, in der die Juden lebten, verdichtete sich. Es kam zu Fällen von Beleidigungen in der Öffentlichkeit, in den Schulen wurden Kinder verprügelt und dergleichen mehr.

Die Zuschriften der Juden drückten Scham über die „Verbrechen der verachtenswerten Renegaten“ sowie Loyalität gegenüber der Sowjetmacht aus. Einige äußersten Befürchtungen, daß der „Haß auf die verachtenswerte Bande aus der Organisation ‚Joint‘ sich in einen wahllosen Haß auf alle Juden verwandeln könne.“ Sie regten an, dem Volk klarzumachen, daß nicht alle Juden Verräter seien. Vereinzelte (anonyme) Briefe riefen dazu auf, „unverzüglich mit dieser ganzen Schande Schluß zu machen und der Diskriminierung und Verfolgung der Juden Einhalt zu gebieten.“

Reaktionen im Ausland

Westliche Diplomaten, die in Moskau akkreditiert waren, bewerteten die Ärzteverschwörung als „verrückte Geschichte“; sie liege ganz auf dem von der sowjetischen Führung eingeschlagenen antijüdischen Kurs.

In den USA wurde eine spezielle Koordinierungsgruppe aus Vertretern von Außenministerium, CIA und Pentagon ins Leben gerufen, die die Situation beobachten und eine amerikanische Stellungnahme ausarbeiten sollte. Präsident Dwight D. Eisenhower verkündete im nationalen Rundfunk, daß „die amerikanischen Geheimdienste zu keiner Zeit zu den verhafteten Professoren Kontakt gehabt und daß sie ihnen keinerlei Anweisungen oder Aufträge gegeben“ hätten. Entsprechende Verlautbarungen kamen vom Premierminister Großbritanniens, Winston Churchill, und von anderen führenden Politikern. Der amerikanische Kongreß nahm eine Resolution an, die „die Verfolgung der Juden in der Sowjetunion“ verurteilte.

Auch die amerikanische und die westeuropäische Gesellschaft sowie die Presse waren entrüstet. Vor den sowjetischen Botschaften kam es zu Protestdemonstrationen. Führende Wissenschaftler forderten eine unvoreingenommene internationale Untersuchung der näheren Umstände dieser Affäre. Sollte die Sowjetmacht dies ablehnen, erwäge man im Westen das Organisieren eines Gegenprozesses, bei dem das Ganze als Provokation enthüllt werden würde. Das Thema Ärzteverschwörung wurde auch in den Parlamenten einer Reihe westeuropäischer Länder aufgegriffen. Es gab Aufrufe bis hin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion. Auch prosowjetische Kreise der westlichen Intelligenz protestierten gegen Stalins Antisemitismus.

Am heftigsten war die Reaktion in Israel. Am 9. Februar ereignete sich auf dem Gelände der sowjetischen Mission in Tel Aviv eine Explosion. Die israelische Führung verurteilte den Terrorakt, sprach eine offizielle Entschuldigung aus und bot an, den Sachschaden zu ersetzen. Die sowjetische Seite jedoch machte sie für das Vorgefallene verantwortlich und erklärte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Staat Israel.

Standen die Juden vor einer Deportation?

In der Geschichtswissenschafts- und Memoirenliteratur, in der Publizistik und Belletristik wie auch im geschichtlichen Bewußtsein der Massen trifft man immer wieder auf die Überzeugung: Der Prozeß gegen die Ärzte habe zwangsläufig zum Auftakt für eine neue blutige Säuberung in den höheren Etagen der Macht und für eine Deportation der sowjetischen Juden werden müssen.

Folgt man der Ansicht, daß die Deportation der Juden vorbereitet wurde, dann hätte die Gerichtsverhandlung und die anschließende öffentliche Hinrichtung der

Ärzte zum Anlaß für „spontane“ Pogrome werden sollen. Nach dem Plan Stalins sollte sodann ein offener Brief der angesehensten sowjetischen Juden an ihn veröffentlicht werden. Dieser Brief sollte die Bitte enthalten, die Juden aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Sibirien und dem Fernen Osten umzusiedeln, um sie vor dem „begründeten Zorn“ der Bevölkerung in ihrer Umgebung zu schützen. Listen der Umzusiedelnden, Eisenbahntransporte und Baracken an abgelegenen Orten waren angeblich schon vorbereitet.

Jedoch hält gerade der Autor, der die „Judenpolitik“ Stalins am eingehendsten erforscht hat, Gennadij Kostyrtchenko, diese Version für nicht haltbar. Seiner Ansicht nach gründet sie nicht auf glaubwürdigen Fakten, sondern auf Gerüchten, die sich verbreitet hatten, weil der staatliche Antisemitismus deutlich schärfer geworden war und einen ausgesprochen repressiven Charakter angenommen hatte.

Im Jahrzehnt seit dem Fall des Kommunismus und der Öffnung der sowjetischen Archive, so Kostyrtchenko, ist nicht ein einziges Dokument aufgetaucht, das eine Vorbereitung zur Deportation der sowjetischen Juden belegen würde. Die Möglichkeit, daß solche Dokumente (einschließlich einer unübersehbaren Zahl von Personenlisten für die Umsiedlung) vollständig und ohne jede Spur vernichtet worden sein könnten, hält er für ausgeschlossen. Dafür seien Dokumente gefunden worden, die bewiesen, daß es in der Sowjetführung keine derartigen Absichten gegeben habe. Dies seien die auf Stalins Anweisung hin vorbereiteten beiden „offenen Briefe“ namhafter sowjetischer Juden, die im Zusammenhang mit dem Ärzteprozeß entworfen wurden. Beide Briefe enthalten keine Bitte um Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Teil der Sowjetunion nach Sibirien und dem Fernen Osten. Im Gegenteil: In den Briefentwürfen wird versichert, daß „die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung“ der UdSSR „Freunde des russischen Volkes“ und „Patrioten der sowjetischen Heimat“ seien. Was die Aussagen von Teilnehmern und Augenzeugen der Ereignisse betrifft, auf die sich die Verfechter der Deportationshypothese stützen, konstatiert Kostyrtchenko: Niemand hat sie wirklich wissenschaftlich und juristisch überprüft.

Stalins Tod und die Rehabilitierung der Ärzte

Am frühen Morgen des 1. März 1953 erlitt Stalin einen Schlaganfall. Am 5. März starb der allmächtige Diktator, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Seine Nachfolger machten drei Kreuze hinter den Ärzteprozeß. Sie distanzierten sich von ihm, denn sie wußten sehr gut, wie er zustande gekommen war und sahen in ihm eine Gefährdung für die innere Stabilität und das Bild des Landes in der öffentlichen Meinung.

Berija ergriff die Initiative. Am 13. März beauftragte er eine eigens eingesetzte Kommission, die Materialien des Ärzteprozesses durchzusehen. Den Inhaftierten

wurde vorgeschlagen, ihren Rechtsanspruch gegen das Ermittlungsverfahren schriftlich darzulegen. Alle beriefen sich auf die ihnen gegenüber ausgeübte physische und psychische Gewalt und distanzierten sich von ihren früher gemachten Aussagen. Am 31. März bestätigte Berija den Beschuß über die Einstellung des Verfahrens, und am 3. April entließ auf seinen Vorschlag hin das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU alle Inhaftierten in die Freiheit. Die Ärzte und ihre Familienmitglieder – insgesamt 37 Personen – wurden rehabilitiert. Diesen Beschuß faßten praktisch dieselben Leute, die es am 9. Januar gutgeheißen hatten, die TASS-Meldung über die Inhaftierung einer „Gruppe von Schädlingsärzten“ zu verbreiten.

Von der Rehabilitierung der Ärzte erfuhren das Land und die Welt am 4. April aus den „Mitteilungen des Innenministeriums“. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR setzte seinen Erlaß über die Verleihung des Leninordens an Lidia Timaschuk außer Kraft: Er habe sich als unrichtig erwiesen – angesichts der tatsächlichen Umstände, die sich jetzt herausgestellt hätten.

Zum Sündenbock im Ärzteprozeß machte man den unmittelbaren Rädelsführer Rjumin. Er wurde am 16. März 1953 verhaftet und laut Urteilsspruch des Kriegskollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR am 22. Juli des folgenden Jahres erschossen. Der andere Leiter der Ermittlungen, Goglidse, wurde bereits am 23. Dezember 1953 hingerichtet, zusammen mit seinem Gönner Berija.

Dank der Rehabilitierung der Ärzte konnten zweieinviertel Millionen sowjetischer Juden aufatmen. Was die große Masse der Bevölkerung betraf, so war sie von der Mitteilung des Innenministeriums eher schockiert. Im Zentralkomitee gingen Briefe ein, deren Verfasser Befremden ausdrückten: Wie konnte man die Verbrecher entlassen, Agenten des Imperialismus und Zionismus?

Im Ausland rief die Einstellung des provozierenden Prozesses fast überall Befriedigung hervor. In Israel gingen Tausende von Menschen auf die Straße und gaben einander die Meldung von Radio Moskau weiter. Die Regierung Ben Gurion erklärte: Praktisch sind die Anschuldigungen gegen die Ärzte, die Organisation „Joint“ und die Zionistische Weltorganisation widerlegt. Und sie drückte die Hoffnung aus, daß „die Korrektur der zugegebenen Verzerrungen noch durch die Einstellung der antijüdischen Kampagne gekrönt wird“. Einige Monate später waren die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt.

Die „jüdische Frage“ im postsowjetischen Rußland

Die Nachfolger Stalins versuchten, den antisemitischen Charakter des Ärzteprozesses zu verschleiern und ihn aus der Erinnerung der sowjetischen Menschen zu tilgen. Die neuen Herren im Kreml wollten durchaus nicht als „Beschützer der Juden“ erscheinen – weder vor der eigenen Bevölkerung noch vor den Verbündeten der Sowjetunion in der arabischen Welt. Auch unter Stalins Nachfolgern, so drückt

sich Kostyrtschenko aus, trug der sowjetische Kommunismus das „Kainsmal des staatlichen Antisemitismus“. Den Unterschied zwischen den Epochen illustriert der russische Historiker mit einer Metapher: Erinnerte der staatliche Antisemitismus in der letzten Phase der Stalin-Herrschaft an einen aufflodernden Waldbrand, so glich er in den folgenden Jahrzehnten einem unterirdischen Torfbrand; still glimmend schwelte er, und beständig vergifteten seine Miasmen die Gesellschaft.

Im Land selbst löste eine raffinierte Heuchelei die offene Aggressivität ab. Nach außen hin stellten sich, was die Beziehungen zu Israel und zum Zionismus betrifft, nach kurzer Zeit die alten Animositäten wieder ein.

Gegen Ende der Perestroika lag der staatliche Antisemitismus in den letzten Zügen. Anderseits trat in der Atmosphäre der politischen Liberalisierung ein offen aggressiver Antisemitismus an seine Stelle, wie er im zaristischen Rußland üblich gewesen war. Die Aufhebung nahezu aller Beschränkungen, mit denen die Bevölkerung an selbständigen Tätigkeiten im sozialpolitischen Bereich gehindert worden war, nutzten neben vielen anderen Organisationen auch solche nationalistischer und neofaschistischer Ausrichtung und verbreiteten sowohl verdeckt wie auch offen antisemitische Parolen und Slogans. Die radikale Verschlechterung der ohnehin dürftigen Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit machte zu diesem Zeitpunkt viele Leute empfänglich für solche Propaganda.

In den Regierungsjahren Boris Jelzins versuchten die „prinzipiellen“ Stalinisten und die Radikalnationalisten, politisches Kapital aus der antisemitisch-populistischen Kritik des Regimes zu schlagen. Auch heute noch haben sich rechte wie linke Extremisten den Antisemitismus auf die Fahne geschrieben. Und so taucht in ihrer Propaganda immer einmal wieder die berüchtigte Ärzteverschwörung auf.